

Politik mit breiter Front gegen Salzabbau

CDU, SPD, Grüne, FDP und die Freien Wähler im Weseler Kreistag machen sich die Sorgen der vom Salzbergbau betroffenen Bürger zu eigen. Sie legen geschlossen einen bewusst scharf formulierten Resolutionstext vor.

VON FRITZ SCHUBERT

KREISWESEL Jahrzehnte lang ist mit dem Salzbergbau vergleichsweise zahm umgegangen worden. Genehmigungen sind politisch und verwaltungstechnisch nur auf wenig Widerstand gestoßen. Aber die Zeiten ändern sich. Das hat mit Schäden an der Oberfläche zu tun, die sich so einfach nicht mehr wegdiskutieren lassen. Und mit einer grundsätzlich anderen Stimmung im Land. Nicht alles, was wirtschaftlich vernünftig erscheint, ist langfristig auch wirklich vertretbar. Nachhaltigkeit, Klima- und nicht zuletzt Menschenschutz haben immer größere Stellenwerte bekommen. Das zeigt sich auch an der breiten Geschlossenheit der Politik, die nun eine Resolution auf den Weg bringen will. Damit fordern CDU, SPD, Grüne, FDP und die Freien Wähler nicht weniger als ein radikales Umdenken zugunsten betroffener Bürger und zum Wohle nachfolgender Generationen. Die Dimension wird allein dadurch klar, dass die Entschädigung Betroffener „für die maximal möglichen 150 Jahre verbindlich“ abgesichert werden soll.

Hintergrund ist der neue Rahmenbetriebsplan für das Salzbergwerk Borth. Er wirkt sich besonders auf Alpen, Rheinberg und Xantens aus, doch sind auch linksrheinische Ortsteile Wesels wie Büderich und Ginderich seit einer gefühlten Ewigkeit betroffen. Die förmliche Stellungnahme des Kreises Wesel zum künftigen Betrieb des Bergwerks Borth bringe die Probleme für die Bürger „nicht wirksam zur Geltung“, sagen die Protagonisten des Resolutionsantrags. Dieser soll Bewegung bei Bund, Land und Bezirksregierung Arnsberg in Gang setzen.

Frank Berger (CDU) bringt den Begriff Endlichkeit ins Spiel. Gerd Drüten (SPD) macht auf Schadens-



So sieht es unter Tage im Bergwerk Brth aus. Dass an der Oberfläche ganze Generationen mit Schäden zu kämpfen haben werden, soll so nicht länger hingehommen werden.

RP-ARCHIVFOTO: ANTIJE SEEMANN

minimierung und Schadensbegleichung aufmerksam. Hubert Kück (Grüne) fordert gleiches Recht durch eine Schiedsstelle wie beim Kohlebergbau. Timo Schmitz (FDP) will mit anderen Rahmenbedingungen „den Druck aus dem Kessel nehmen“ (es gab mehr als 2000 Einwendungen). Ralf Lange (Freie Wähler) spricht von einem starken Zeichen und will Sicherheit für die Bürger

den Kreis und seine Kommunen.

Kurz: Es geht um Geld und mehr Rechte. Explizit gefordert wird eine transparente Regelung zur Finanzierung der Ewigkeitskosten. Wer wisse schon, ob es das Unternehmen in 150 Jahren noch gibt. Orientieren solle man sich am Verfahren der Ruhrkohle AG – Kreise, Städte und Gemeinden müssten von Lasten freigestellt werden. Zu-

dem sei es ein Unding, so die (bis auf AfD und Linke) versammelte Politik, dass die Unternehmen weiterhin nicht einer Schlichtungsstelle beitreten wollen. Dass es der eigenen Kreisverwaltung bislang nicht gelungen ist, eine Mitte 2021 politisch gewollte Erfassungsstelle einzurichten, damit betroffene Bürger wenigstens eine Anlaufpunkt haben und nicht einen Rechtsanwalt

INFO

An Bund, Land und Bezirksregierung

Beschlussfassung Entschieden wird über die Resolution auf Kreisebene zunächst in der Sitzung des Kreisausschusses am Donnerstag, 22. September. Final verlässt das Papier nach der Beschlussfassung im Kreistag am Donnerstag, 29. September, das Weseler Kreishaus.

Adressaten Gefordert sind dann die Bundes- und die NRW-Landesregierung sowie die Bezirksregierung Arnsberg.

einschalten müssen, wird übrigens von den beteiligten Parteien mehr als kritisch gesehen.

Ein neben Änderungen der Verjährungsregelungen wesentlicher Punkt der Resolution ist es, die Beweislast umzukehren. Bisher ist es in Sachen Salz bekanntlich so, dass der Betroffene Schäden nachweisen muss.

CDU-Fraktions-Chef Frank Berger setzt darauf, dass das Thema mit der Resolution mehr ins Bewusstsein rückt. Da auch an rechtlichen Schrauben gedreht werden muss, kommt es nicht zuletzt auf die Mobilisierung der jeweils eigenen Abgeordneten in Bund und Land an. „Laut und deutlich“ wolle man die Forderungen deshalb vortragen. Für die SPD, die erst durch die Befassung mit dem neuen Rahmenbetriebsplan „die Augen geöffnet“ bekam, sagt Drüten, dass unter Siedlungen grundsätzlich nicht abgebaut werden solle. Genau das aber ist zum Beispiel im Fall Xantens geplant. Grünen-Chef Hubert Kück beschneige den Salzbergbau-Verantwortlichen „feudales Denken“.

Die Bezirksregierung Arnsberg ist für bergbauliche Genehmigungen zuständig. Sie wird mit der Resolution aufgefordert, ihr Okay mit einer Auflage zur Sicherheitsleistung zu versehen. Die Unternehmen Cavity und K+S sowie die Bürgerinitiative Bergbetroffener werden aufgerufen, die bereits vorbereitete Transparenzvereinbarung zu schließen. Das NRW-Wirtschaftsministerium soll beim Abschluss dieser Vereinbarung „alle mögliche Unterstützung“ gewähren.